

### Editorial

## Wichtige Session für den BFI-Bereich



Die Hochschulen und Organisationen der Forschungs- und Innovationsförderung haben Ende August auf die verheerenden Folgen der Begrenzungsinitiative hingewiesen. Es steht viel auf dem Spiel: Ein Wegfall der Personenfreizügigkeit würde die Rekrutierung der besten Köpfe für unsere Bildungsstätten erschweren; zudem würde das Forschungsabkommen hinfällig, das uns den Zugang zum europäischen Forschungsnetzwerk sichert.

Gute Rahmenbedingungen sind unerlässlich, wenn unser BFI-Standort führend bleiben will – und diese reichen von einer offenen Schweiz über gute Strukturen bis zu Forschungsfreiheit und genügend finanziellen Mitteln.

In der Herbstsession darf das Parlament diese Rahmenbedingungen in beiden Kammern prägen. Im Ständerat gilt es, den sorgfältig kalkulierten Rahmenkredit für die Beteiligung an «Horizon Europe» gutzuheissen. Der Nationalrat kann für die Nachhaltigkeit und Finanzierung im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 Akzente setzen. Mit der Streichung der Kreditsperren kann er die Planungssicherheit im BFI-Bereich verbessern, wie dies der Ständerat im Juni schon entschieden hat.

Europäische und nationale Förderung ergänzen und stärken sich gegenseitig. Forschende aus der Schweiz können sich nur erfolgreich um EU-Mittel bewerben, wenn ihnen auch auf nationaler Ebene Exzellenz und Wettbewerb ermöglicht wird.

Europäische und nationale Förderung ergänzen und stärken sich gegenseitig. Forschende aus der Schweiz können sich nur erfolgreich um EU-Mittel bewerben, wenn ihnen auch auf nationaler Ebene Exzellenz und Wettbewerb ermöglicht wird.

**Maya Graf**

Ständerätin

Mitglied Politikerteam FUTURE

### Horizon Europe

## Sechs Milliarden für Forschung und Innovation

**Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerats (WBK-S) sprach sich einstimmig für einen Rahmenkredit von 6,154 Milliarden Franken für das Horizon-Paket 2021–2027 aus. Mit diesem vom Bundesrat beantragten Betrag könnte die Schweiz ihre Beteiligung an den Europäischen Forschungsrahmenprogrammen (FRP) fortsetzen.**

Die WBK-S will die Teilnahme der Schweiz am 9. FRP der Europäischen Union für Forschung und Innovation «Horizon Europe» 2021–2027 sicherstellen. Sie stimmte dem vom Bundesrat zu diesem Zweck beantragten Betrag von 6,154 Milliarden Franken einstimmig zu. Die FRP sind nach dem Schweizerischen Nationalfonds die zweitwichtigste Förderquelle für in der Schweiz tätige Wissenschaftler. Für Forschende im privaten Sektor, die keinen Zugang zu Fördermitteln des Bundes haben, sind die FRP die wichtigste öffentliche Finanzierungsquelle. Der Ständerat wird am 24. September 2020 über den Rahmenkredit befinden.

«Horizon Europe» verfügt über ein geschätztes Gesamtbudget von 95 Milliar-

den Euro und erlaubt es, mit den grössten Wissenschaftszentren der Welt zu konkurrieren. Der Bundesrat wünscht eine vollumfängliche Beteiligung der Schweiz an diesem Programm. Er beantragt dem Parlament daher Mittel in der Höhe von insgesamt 6,154 Milliarden für die Jahre 2021–2027, um die Kosten für eine Vollasoziiierung an «Horizon Europe» und den damit verbundenen Programmen Digital Europe, Euratom und ITER zu decken. Zusätzlich zu den 5,423 Milliarden, zur Deckung der Pflichtbeiträge für die Beteiligung, sind 117 Millionen für nationale Massnahmen sowie eine Reserve von 614 Millionen Franken vorgesehen. Eine Minderheit der WBK-S beantragt, diese Reserve um 147,6 Millionen zu kürzen.

Falls das Parlament dem Kredit zustimmt, können die Schweiz und die EU eine Erneuerung des bilateralen Abkommens über die Forschung aushandeln; diese Verhandlungen sind im Rahmen der Bilateralen I geregelt. Sobald die EU die Bedingungen für die Teilnahme von Nichtmitgliedstaaten festgelegt hat, können die Verhandlungen aufgenommen werden.

### Erasmus+: Unsicherheiten über eine Assoziierung

Während die Schweiz vollumfänglich am FRP der Europäischen Union beteiligt ist, nimmt sie in den Jahren 2014–2020 nur als Drittstaat an den Aktivitäten des Programms für internationale Mobilität und Zusammenarbeit in der Bildung Erasmus+ teil. Nachdem der Bundesrat zunächst seine Bereitschaft zur vollen Assoziierung angekündigt hatte, war er im Jahr 2017 der Ansicht, dass die Weiterführung einer Schweizer Lösung – zumindest bis 2020 – mehr Vor- als Nachteile mit sich bringt.

Der Bundesrat kündigte im Februar 2020 an, sich im Juni 2020 zu einer Assoziierung am nächsten Programm zu positionieren. Bisher schweigt er zu diesem Thema, stellt im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 jedoch die Fortführung der Schweizer Lösung sicher. Die Schweizer Hochschulen äusserten sich bereits im Jahr 2017 dazu: Sie fordern eine neuerliche Assoziierung an Erasmus+, wobei diese nicht zulasten der Hochschulen gehen oder Kürzungen des BFI-Budgets nach sich ziehen darf.

**BFI-Botschaft 2021-2024**

## Der Nationalrat entscheidet über zusätzliche Aufstockungen

Nach den Beschlüssen des Ständerats vom Juni entscheidet der Nationalrat in der Herbstsession 2020 über die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 (BFI-Botschaft 2021-2024). Es geht um viel: Die Botschaft sieht für die Gesamtheit der Akteure des Bereichs Investitionen von insgesamt über 28 Milliarden Franken vor. Die Botschaft betrifft die Hochschulen sowie die Institutionen der Forschungs- und Innovationsförderung, umfasst aber auch die Weiterbildung und die Berufsbildung.

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) befasste sich über den Sommer mit dem Geschäft und beantragt gezielte Anpassungen von Bedeutung. Zunächst beschloss die WBK-N, alle bereits im Juni vom Ständerat entschiedenen Änderun-

gen zu unterstützen. Insbesondere empfiehlt sie der grossen Kammer, die ursprünglich vom Bundesrat vorgesehenen Kreditsperren zu streichen; die Kommission ist der Ansicht, dass ein solcher Mechanismus die Planungssicherheit der Institutionen über die ganze Periode gefährdet. Darüber hinaus unterstützt die WBK-N die im Ständerat beschlossenen Aufstockungen der Kredite für die Innosuisse, für Forschungseinrichtungen von nationaler Bedeutung, für die Akademien der Wissenschaften Schweiz und naturwissenschaftliche Sammlungen.

Eine Mehrheit der WBK-N möchte in einzelnen Bereichen noch weitergehen, insbesondere bei der Weiterbildung. Sie beantragt Aufstockungen der Kredite für die Berufsbildung (+20,4 Millionen Franken) sowie der Beiträge an die Organisatio-

nen der Weiterbildung und an die Kantone (+6 Millionen). Weitere Mehrheitsanträge fordern Aufstockungen der Kredite zugunsten des ETH-Bereichs (Raumplanung), der Hochschulen (Nachhaltigkeit) und des 3R Kompetenzzentrums Schweiz. Minderheiten beantragen schliesslich Erhöhungen der Bundesbeiträge an die kantonalen Ausbildungsbeiträge.

**Abstimmungsempfehlung**

Das Netzwerk FUTURE empfiehlt, alle Mehrheitsanträge der WBK-N zu unterstützen. Dies entspricht einer Erhöhung um insgesamt 58,4 Millionen Franken gegenüber den Beschlüssen des Ständerats.

**Voranschlag 2021**

## Defizit von 1,1 Milliarden Franken, keine Kürzungen geplant

Der Bundesrat publizierte Ende August 2020 den Voranschlag 2021. Wie bereits im Juli angekündigt, beläuft sich das erwartete Defizit auf 1,1 Milliarden Franken bei Gesamtausgaben von mehr als 76 Milliarden Franken. Dabei handelt es sich angesichts der gewaltigen Wirtschaftskrise infolge der Covid-19-Pandemie um eine relativ tiefe Zahl. Dies ermöglichen die hohen Reserven, zusätzliche Beiträge der Schweizerischen Nationalbank und die Verschiebung von Steuereinnahmen vom Jahr 2020 ins Jahr 2021.

Das geplante Defizit ermöglicht es, die Ausgaben des Bundes unter Einhaltung

der Vorgaben der Schuldenbremse zu decken. Für das Rechnungsjahr 2021 sind daher zum jetzigen Zeitpunkt keine Budgetkürzungen zu erwarten. Der Bundesrat weist jedoch darauf hin, dass im Rahmen der Bewältigung der Auswirkungen dieser Krise weitere Unterstützungsmassnahmen notwendig werden könnten. Deren Auswirkungen auf den Voranschlag 2021 können zum jetzigen Zeitpunkt nicht beziffert werden.

Für den BFI-Bereich sieht das Budget 2021 Ausgaben von gut 8,2 Milliarden Franken vor, ein Anstieg von 1% gegenüber dem Jahr 2020. Für den Zeitraum von 2021 bis

2024 sieht der Finanzplan ein Wachstum von 2,3% vor. Diese Zahlen berücksichtigen naturgemäss noch nicht alle Beschlüsse, die der Ständerat bereits gefasst hat und die der Nationalrat im Rahmen der Behandlung der Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021-2024 noch treffen wird. Aufgrund dieser Entscheidungen müssen im Budget 2021 und im Finanzplan noch Anpassungen vorgenommen werden.

## IN KÜRZE

### Mehr Spielraum für Innosuisse

Die Teilrevision des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation (FIFG) wurde in der Vernehmlassung von einer grossen Mehrheit der Teilnehmenden begrüsst. Der Bundesrat beauftragte das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) mit der Ausarbeitung der Botschaft bis Februar 2021. Mit der Revision soll Innosuisse in bestimmten Bereichen mehr Handlungsspielraum bei der Erfüllung ihrer Förderaufgaben erhalten.

### Beide ETH in den Top 15

Im QS World University Ranking für das Jahr 2021 verteidigt die ETH Zürich ihren Platz als sechstbeste Hochschule der Welt. Die EPFL verbesserte sich im Vergleich zum Vorjahr um vier Ränge und liegt neu auf Platz 14. Somit sind die beiden ETH die führenden Institutionen Kontinentaleuropas. Unter den Top 200 sind auch die Universitäten Zürich (69), Genf (106), Bern (114), Basel (149) und Lausanne (169) klassiert. Die Universität der italienischen Schweiz erreicht Platz 273, die Universität St. Gallen Platz 428 und die Universität Freiburg ist im Bereich 601-650 klassiert.

### Sabine Süsstrunk wird Präsidentin des SWR

Die Professorin der Eidgenössischen Technischen Hochschule Lausanne (EPFL) Sabine Süsstrunk übernimmt das Präsidium des Schweizerischen Wissenschaftsrats (SWR). Der Bundesrat wählte die Computerwissenschaftlerin zur Nachfolgerin von Professor Gerd Folkers, der den SWR seit 2016 und noch bis Ende des Jahres 2020 präsidiert. Der 15-köpfige SWR berät den Bundesrat in allen Belangen der Forschungs- und Innovationspolitik.

### SGK-S befürwortet Pilotversuche mit Cannabis

Mit 8 zu 4 Stimmen gab die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerats (SGK-S) grünes Licht für die Einführung eines Experimentierartikels im Betäubungsmittelgesetz. Damit befürwortet sie – wie bereits der Nationalrat – die Möglichkeit, wissenschaftliche Studien mit Cannabis durchzuführen. Die SGK-S ist ebenfalls der Meinung, dass wenn möglich Schweizer Hanf aus biologischer Produktion zum Einsatz kommen soll.

### Internationale Bildungszusammenarbeit: WBK-N stimmt Revision zu

Die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrats (WBK-N) empfiehlt ihrem Rat, die Totalrevision des Gesetzes über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung anzunehmen. Die Gesetzesrevision soll eine gleichwertige Rechtsgrundlage sowohl für eine Assoziierung an den EU-Bildungsprogrammen als auch für die Umsetzung eigener Schweizer Förderprogramme schaffen. Gegenüber dem Ständerat stimmte die Kommission mit Stichentscheid des Präsidenten für eine Ergänzung im Zweckartikel.

### Trotz Corona stabile Nachfrage bei Innosuisse

Die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung Innosuisse zieht eine positive Bilanz für das erste Halbjahr 2020. Bis Ende Juni 2020 bewilligte Innosuisse 208 Innovationsprojekte mit einem Fördervolumen von insgesamt 63 Millionen Franken. Schweizer Unternehmen und Hochschulen reichten total 359 Gesuche ein. In den Monaten April und Mai verzeichnete Innosuisse trotz der Corona-Krise und des Lockdowns den höchsten Gesuchseingang seit Beginn des Jahres.

### BFI-Akteure lehnen Begrenzungsinitiative ab

Der ETH-Rat, swissuniversities, der Schweizerische Nationalfonds, Innosuisse sowie die Akademien der Wissenschaften Schweiz lehnen die Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung» (Begrenzungsinitiative) ab. Die Schweizer Akteure aus Bildung, Forschung und Innovation (BFI) machen darauf aufmerksam, dass die Initiative grundlegende Rahmenbedingungen des Denk- und Arbeitsplatzes Schweiz gefährdet. Eine Annahme der Begrenzungsinitiative hätte die Kündigung der Personenfreizügigkeit und somit auch das Ende des Forschungsabkommens mit der EU zur Folge.

### 2,6 Milliarden vom Bund für Forschung und Entwicklung

Knapp 2,6 Milliarden Franken wendete der Bund im Jahr 2019 für die Umsetzung und Unterstützung von Aktivitäten im Bereich Forschung und Entwicklung (F&E) auf. Dies entspricht einer Zunahme um 12% verglichen mit dem Jahr 2017. Die Hälfte der Aufwendungen kam dem Sektor Hochschulen und dem Schweizerischen Nationalfonds zugute. In der gleichen Zeitspanne stiegen auch die vom Bund für eigene Forschungsaktivitäten aufgewendeten Mittel um 16% – dies ist insbesondere auf die landwirtschaftliche Forschung der Agroscope zurückzuführen.

#### Impressum

© Netzwerk FUTURE 2020

Münstergasse 64/66, 3011 Bern  
T 031 351 88 46  
info@netzwerk-future.ch  
www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE fördert den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft. Wiederverwendung der Artikel sind unter Quellenangabe erlaubt.